

Landesverband des BUND schaltet das OVG in Münster ein / Spendensammlung für Kosten

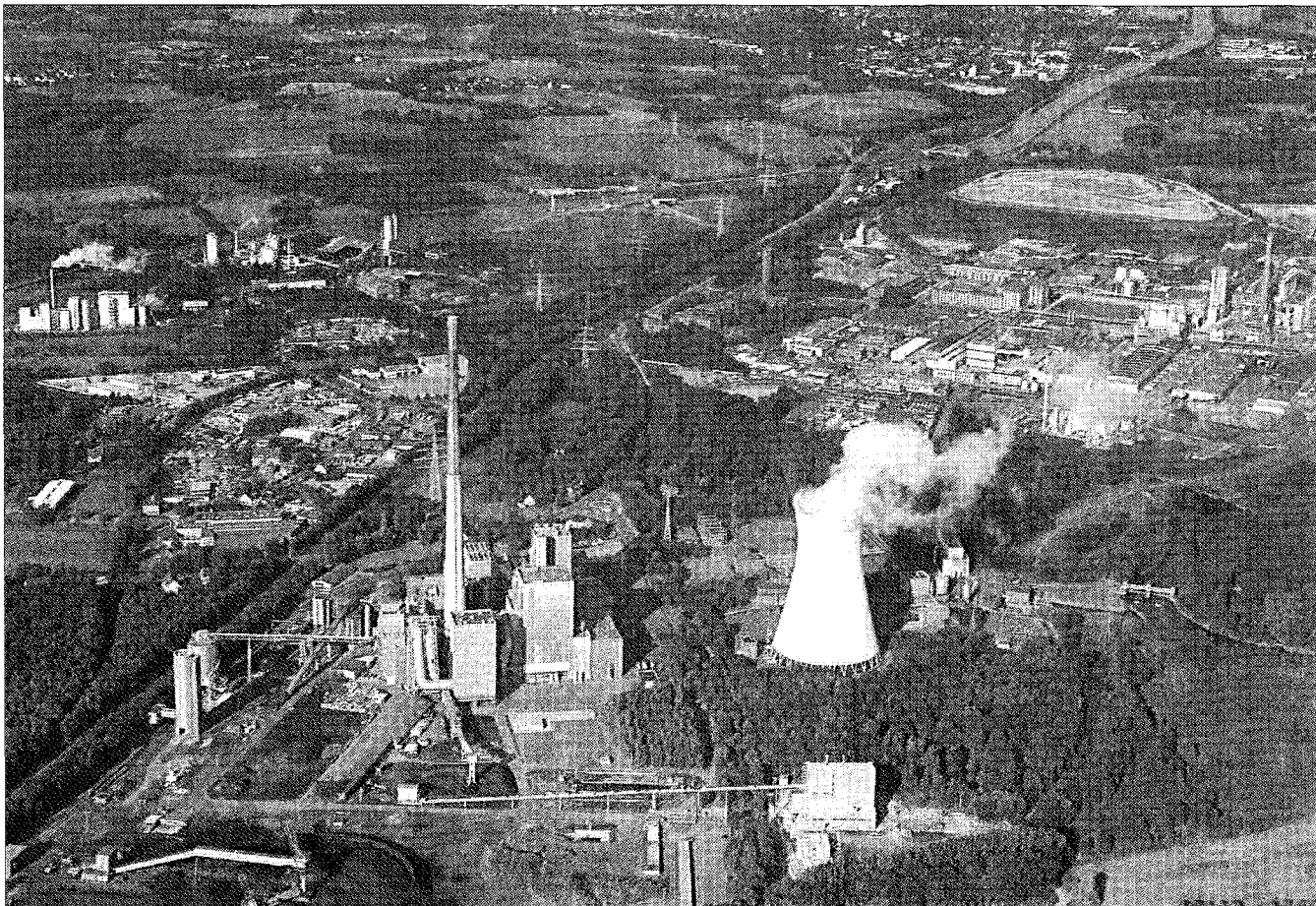
WA 2 17.06.08.

Klage gegen Kraftwerk eingereicht

Lünen. (sza) Der BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland - hat gestern Klage gegen das Trianel-Steinkohlekraftwerk eingereicht. Beim Oberverwaltungsgericht Münster ging das Schreiben einer Frankfurter Rechtsanwaltskanzlei ein.

Das gab gestern Dirk Jansen vom nordrheinwestfälischen Landesverband des BUND bekannt. Die Klage richtet sich gegen den Vorbescheid und die erste Teilgenehmigung für das neue Kraftwerk, die die Bezirksregierung Arnsberg erlassen hat. „Der BUND hält den Vorbescheid für das Steinkohlekraftwerk für rechtswidrig, da die Genehmigungsvoraussetzungen nach den Vorgaben des Bundes-Immissionsgesetzes nicht erfüllt sind“, heißt es aus der BUND-Zentrale in Düsseldorf. Dirk Jansen erläuterte gegenüber unserer Zeitung: „Das heißt: Beispielsweise dürfen laut Gesetz schädliche Umwelteinwirkungen nicht hervorgerufen werden oder es ist gesetzlich geregelt, dass Energie sparsam und effizient verwendet werden muss.“ Diese und weitere gesetzliche Vorgaben seien von Trianel nicht beachtet worden. Eine ausführliche Klageschrift existiert aber noch nicht.

Damit hat der BUND nun die dritte Klage gegen ein geplantes Kraftwerk in NRW eingereicht - nach dem EON-Werk in Datteln und dem Evonik-Kraftwerk in Herne.



Das Kraftwerk soll im Stummhafen - im Bild links hinter im Vordergrund sichtbaren Steag/Evonik-Kraftwerk - entstehen. Mit im Bild: das Remondis-Gelände rechts hinter dem Evonik-Kraftwerk. (Bild: Hans Blosssey)

Beauftragt wurde die Frankfurter Kanzlei Philipp-Gerlach & Teßmer, laut Jansen „spezialisiert auf Umwelt- und Planungsrecht“.

Finanziert werden soll der Rechtsstreit im wesentlichen mit Spendengeldern und nur im kleinen Umfang mit Mitgliedsbeiträgen. Die Lünen

Bürgerinitiative Kontra Kohle Kraftwerk (BI KKK) sammelt Altpapier und Buntmetall, um die Kasse zu füllen. „Wir hoffen natürlich, dass nun noch mehr Lünen die Bürgerinitiative unterstützen“, sagte Jansen, der der Bürgerinitiative viel „Kreativität“ Und „Sachverstand“ bescheinigt.

Nicht ausgeschlossen, sondern durchaus möglich ist, dass mit dem Kraftwerksbau begonnen wird, bevor über die Klage entschieden ist. „Das ist in Datteln bereits der Fall. Doch das Gericht hat versichert: Stellt sich die Genehmigung als rechtswidrig heraus, muss wieder abgeris-

sen werden“, sagte Jansen. Er verbreitete gestern Optimismus: „Wir haben die besseren Argumente als Trianel“.

Dementgegen ist sich Trianel-Projektleiter Manfred Ungethüm sicher, „dass die Genehmigung der Bezirksregierung Bestand hat“. Er sehe der Klage gelassen entgegen.